

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Kiel
KMV 07.07.2018

Antragsteller*innen:

Max Petras, Sven Krumbeck, Michael
Brandtner

**Gegenstand: Digitale
Agenda Kiel, Smart City
Politik**

Antrag 2

1 Recht auf Digitale Stadt

2 In Kiel formiert sich eine neue Kooperation zwischen Grünen, SPD und
3 FDP, die starke digitalpolitische Akzente setzen will. Jetzt geht es darum,
4 konkrete politische Initiativen zu starten, um die Digitalisierung zum
5 Wohle der Bürger*innen umzusetzen. Dieser Antrag zielt auf eine starke
6 grüne Position im Bereich der „Smart City“.

7 Neue Technologien sollen unser urbanes Leben einfacher machen.
8 Verkehrsströme werden ausgedünnt. Der ÖPNV kommt zuverlässig und
9 pünktlich. Parkplätze sind immer frei. Mülltonnen werden nur nach Bedarf
10 geleert. Die Straßenlaterne geht aus, wenn wir nicht da sind. Gänge zum
11 Amt sind überflüssig, weil das Amt online ist. Warenlieferungen werden
12 durch Drohnen oder kleine Roboter erledigt. Insgesamt geht es darum,
13 die knappen städtischen Ressourcen besser zu nutzen.

14 All das kann möglich werden, wenn wir die Straßen, Plätze und Wege
15 unsere Städte mit Sensoren ausstatten, die Daten generieren. Diese
16 Vielfalt der Datensätze muss, auch mit Hilfe künstlicher Intelligenz,
17 ausgewertet werden. Der Markt externer Anbieter in diesem Bereich ist
18 riesig. Google, Cisco, die Telekom oder IBM drängen in die Städte und
19 statten sie mit Sensoren aus. Der vergoldete Traum einer „**Smart City**“
20 verspricht Milliardengewinne für international agierenden
21 Technologiekonzerne.

22 Häufig ist das erste Angebot günstig oder sogar kostenlos. Aber mit
23 jedem weiteren Sensornetz, das Datenströme in die Serverzentren der
24 Konzerne pumpt, wird die Abhängigkeit von großen Monopolisten stärker.
25 Zusätzlich sind Systeme von verschiedenen Anbietern meist nicht
26 kompatibel zueinander. Die Stadt hat keine Kontrolle über die
27 Funktionsweise der eingesetzten Technik. Erst recht hat sie keine
28 Kontrolle über die generierten Datenströme. Ihre **Digitale Souveränität**
29 ist gefährdet.

30 Die Privatisierung dieser neuen digitalen Infrastruktur hat gleichzeitig
31 Auswirkungen auf alle anderen öffentlichen Dienstleistungen einer Stadt.
32 Energieversorgung, ÖPNV oder Bürgerbeteiligung werden immer
33 abhängiger von der IT-Infrastruktur. Das Entstehen einer derartigen Meta-
34 Infrastruktur verstärkt den digitalen Kontrollverlust zusätzlich. **Barcelona**

Datum:
07.07.2018

Befasst

- ja
 nein

Vertagt

- ja
 nein

**Überwiesen
an:**

Abstimmung:

Ja _Rest_ _____

Nein _2_ _____

Enth._4_ _____

35 hat diese Erfahrung in den letzten Jahren gemacht und geht einen vollständig anderen Weg.
 36 Die eingesetzte Technologie wird unter einer offenen Lizenz im Netzwerk mit anderen
 37 Städten selbst entwickelt. Es gilt der Grundsatz „**Public Money, Public Code**“: Mit
 38 öffentlichen Geldern finanzierte Software soll auch einen der Öffentlichkeit zugänglichen
 39 Quelltext besitzen. Was für die Software gilt, muss auch für die generierten Daten gelten.
 40 Alle Daten der Verwaltung sind offen, aufbereitet und der allgemeinen Nutzung zugänglich.
 41 Die Verwaltung arbeitet nach dem Ideal „**Public Money, Public Data**“.

42 Jede Technologie, die neu in einer Stadt eingeführt wird, braucht Regeln. Das galt für
 43 Pferdeutschen, Gasleitungen oder Autos. Es gilt auch für Sensoren und die daraus
 44 generierten Datenströme. Über neue Regelwerke hinaus erfordern sie jedoch eine ganz
 45 andere **Arbeitskultur** der Verwaltung. Das Handeln der Behörden vor Ort muss agiler und
 46 experimentierfreudiger werden. Eine auf die Einbindung der örtlichen Community
 47 ausgerichtete Netzpolitik setzt offene und transparente Formen des E-Government voraus.

48 Langfristige Entwicklung braucht **Geld**. Auf kurzfristige Rendite ausgerichtetes Risikokapital
 49 ist hierfür nicht geeignet. Das Vergaberecht muss ein Werkzeug sein, das den öffentlichen
 50 Dienst auf Open Source und Open Standards umstellt. Kleine Unternehmen vor Ort müssen
 51 bei den hohen Entwicklungskosten offener Standards unterstützt werden, auch über EU-
 52 Fördertöpfe. Ebenfalls sollten frei zugängliche kommunale Datenplattformen geschaffen
 53 werden, die von Unternehmen vor Ort genutzt werden können. Zusätzlich sollten alternative
 54 Finanzierungsformen wie Crowdfunding ausprobiert werden.

55 Mutige Städte, die **alleine** neue Wege gehen, haben es schwer. Das hat die versuchte
 56 Umstellung auf das Betriebssystem Linux in München gezeigt. Deswegen müssen sich
 57 Städte, die ihre Digitale Souveränität stärken wollen, zu Netzwerken zusammenschließen
 58 und ihre Netzwerke vor Ort nutzen. Freies Wissen wächst, wenn es geteilt wird. Offene
 59 Standards können ausgetauscht und über zugängliche Plattformen gemeinsam entwickelt
 60 werden. Zwischen Regionen, zwischen Städten, in Europa und der Welt.

61 Deswegen fordern wir für Kiel:

62 • Der Einsatz intelligenter Sensorik muss mit den Bürger*innen vor Ort, Maker-Spaces,
 63 Handwerk, Wissenschaft und anderen relevanten Akteuren z.B. in einer Digitalen Agenda
 64 gemeinsam konzipiert werden.

65 • IT-Kompetenz im Bereich der freien Software wird durch kleine und mittelständische
 66 Unternehmen in der Region gefördert. Hierbei werden neben Start-Ups besonders
 67 alternative Geschäftsmodelle wie Genossenschaften gestärkt.

68 • Zu digitalen Diensten muss es analoge Alternativen geben, damit niemand abgehängt wird.

69 • Mögliche Diskriminierungen oder Ausgrenzungen durch Gentrifizierung aufgrund von
 70 Smart-City-Konzepten müssen verhindert werden, indem die Konzepte im Verbund mit der
 71 sonstigen sozialen Stadtplanung entwickelt werden.

72 • Die eingesetzte Hard- und Software muss unter einer freien Lizenz stehen.

73 • Die generierten Daten müssen gut aufbereitet der Bevölkerung zur Verfügung gestellt
 74 werden. Prozesse und Systeme müssen transparent und nachvollziehbar gestaltet werden.
 75 Dies gilt vor allem bei Datenverarbeitung durch selbstlernende Systeme.

- 76 • Der Einsatz einer intelligenten Sensorik muss den Grundsätzen des europäischen
77 Datenschutzrechts entsprechen. Jeder Einsatz eines neuen Prozesses sollte einer
78 Datenschutzfolgenabschätzung unterliegen. Bedingung ist Privacy by Design, dezentrale
79 Speicherung, Anonymisierung und abgestufte Berechtigungskonzepte für jeweilige
80 Behörden.
- 81 • IT-Sicherheit steht an oberster Stelle. Eingesetzt werden die besten verfügbaren
82 Konzepte. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung durch Audits oder ähnliche Verfahren.
- 83 • Erfolgreiche Smart City Konzepte und Technologien werden aktiv gemeinsam mit anderen
84 Städten und Regionen interkommunal, national, europäisch und weltweit entwickelt.